

BESCHLUSSVORLAGE V0116/14 öffentlich	Referat	Referat IV
	Amt	Bürgerhaus
	Kostenstelle (UA)	
	Amtsleiter/in	Herr Peter Ferstl
	Telefon	3 05-28 00
	Telefax	3 05-28 09
E-Mail	buergerhaus@ingolstadt.de	
Datum	11.06.2014	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Kommission für Seniorenarbeit	10.07.2014	Kenntnisnahme	

Beratungsgegenstand

Ergebnisse der Sitzung der Projektgruppe "Seniorenberatung" vom 04.06.2014
(Referent: Herr Engert)

Antrag:

Die Ergebnisse werden von der Kommission für Seniorenarbeit zur Kenntnis genommen. Die angekündigte Erhebung der TU wird begrüßt. Die Ergebnisse sollen in die Kommission eingebracht werden. Es wird empfohlen, die Öffentlichkeitsarbeit wie beschrieben zu intensivieren.

gez.

Gabriel Engert

Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten:

ja

nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

In der Kommissionssitzung vom 20.03.2014 wurde nach dem Bericht von Herrn Kutz (Pflegerstützpunkt in Neuburg/Donau) und einer Diskussion im Plenum von Herrn Bürgermeister Mißlbeck angeregt, sich in einem kleineren Kreis über mögliche Bedarfe in Ingolstadt auseinanderzusetzen. Es wurde festgehalten, dass die Ergebnisse in der Kommissionssitzung am 10.07.2014 eingebracht werden sollen.

Die Projektgruppe war am 04.06.2014 von 09:00 bis 10:00 Uhr tätig.

Protokoll der Sitzung:

Eingangs veranschaulicht Herr Ferstl mit Hilfe der Darstellung auf einer Moderationswand die Ergebnisse der letzten Sitzung der Kommission für Seniorenarbeit. Dabei werden der Bedarf und mögliche Verbesserungen thematisiert. Grundsätzlich war festgestellt worden, dass es in Ingolstadt ein gut ausgebautes Angebot an Beratungseinrichtungen für Seniorinnen und Senioren

gibt. Die Transparenz und die Öffentlichkeitsarbeit hingegen wurden jedoch als verbesserungswürdig betrachtet. Schwierigkeiten gebe es auch im Bereich der Beratung von älteren Migranten. Hinsichtlich der Beratung zur Pflege gibt es eine entsprechende Verpflichtung der Pflegekassen, eine mindestens halbjährlich stattfindende Beratungseinheit für Angehörige vorzuhalten.

Oft übernehmen die Pflegedienste diese Aufgabe, wie Herr Dürr erklärt. In Ingolstadt bietet vor allem die Alzheimer Gesellschaft als „Fachstelle für pflegende Angehörige“ die Beratung an und arbeitet daher analog zu einem Pflegestützpunkt.

Frau Einödshofer betont, dass mindestens seit 2009 versucht wird, das Problem der Öffentlichkeitsarbeit gezielt zu bearbeiten. In der Wahrnehmung von Senioren und auch deren Angehörigen sei das Thema Pflege jedoch erst dann aktuell, wenn man selbst davon betroffen ist. Der vom Verein „Miteinander-Füreinander“ ins Leben gerufene Pflegestammtisch musste auch feststellen, dass eine präventive Beratung nicht angenommen wird. Laut Herrn Ferstl besteht dieses Problem auch bundesweit.

Herr Süß bestätigt die Beobachtung aus der eigenen Beratungserfahrung für Senioren. Er weist zudem darauf hin, dass ein Pflegestützpunkt nur sinnvoll ist, wenn die Krankenkassen mit involviert sind. Er selbst habe schon vor Jahren den Aufbau eines Pflegestützpunktes in Ingolstadt angeregt, was grundsätzlich positiv für Ingolstadt zu bewerten wäre. Diese Stelle könne aber nur trägerübergreifend installiert werden. Auch seien in der heutigen Struktur der Beratungsstellen in Ingolstadt alle Hilfen grundsätzlich verfügbar.

Herr Dürr fragt, wo es noch Defizite gibt. Er verweist auf § 37 SGB XI, in dem auch die Beratung bei Pflegebedürftigkeit festgelegt ist. Informationsveranstaltungen und Beratung zum Thema Pflege werden im Vorfeld seiner Erfahrung nach kaum nachgefragt. Herr Dürr stellt zudem fest, dass jede Beratung auf individuelle Problemlagen der Betroffenen zugeschnitten sein muss. Das Thema Pflege und Pflegeversicherung sei dabei so komplex, dass es auch viele Lösungsmöglichkeiten für die Betroffenen gebe. Laut Herrn Dürr bietet die persönliche Beratung, insbesondere für Hochbetagte noch immer die besten Möglichkeiten, den Menschen bei Problemen weiterzuhelfen.

Frau Einödshofer regt an, den Kontakt zum Kriseninterventionsteam z.B. des BRK herzustellen und deren Rückmeldung einzuholen, ob und was konkret noch verbessert werden könnte.

Frau Plötz erwähnt, dass im Rahmen der Erstellung des Sozialberichts eine ausführliche Statistik mit der Fragestellung geführt wurde, wer im Amt für soziale Beratung zu welchen Themen wahrnimmt. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Bürger zumeist erst dann Beratung und Hilfe suchen, wenn eine akute und dringliche Situation eintritt und nicht schon im Vorfeld. Sie erklärt, dass in Ingolstadt eine Studie der TU Nürnberg unter Leitung von Frau Prof. Rosenkranz geplant ist. Dabei werden voraussichtlich bis zu 1000 Fragebögen ausgewertet, die im August/September an die Generation der über 60-Jährigen verschickt werden. Das Hauptthema der Studie sind die Seniorengenossenschaften, es gebe jedoch auch viele Fragen und

Gesichtspunkte, die sich auf den Bedarf der Senioren beziehen. Frau Einödshofer betont, dass die für die Stadt kostenfreie Studie, die wissenschaftlich von der TU Nürnberg begleitet wird, eine willkommene Möglichkeit bietet, zu relevanten Themen ein Meinungsbild zu bekommen.

Um den genauen Bedarf der Bürger festzustellen, ist laut Herrn Dürr eine Bürgerbefragung sinnvoll. Auch Frau Scheibe unterstützt diesen Vorschlag, eine solche Befragung könnte auch auf die schon gemachten Erfahrungen der Hilfesuchenden abzielen.

Herr Müller vertritt den Standpunkt, dass grundsätzlich die Situation der Landkreise und damit auch von Neuburg/Do. nicht auf die kreisfreie Stadt Ingolstadt übertragen werden kann. Ingolstadt halte bereits ein breites Spektrum an Beratungsstellen für Senioren vor. Herr Müller stellt zudem fest, dass das Thema Vorsorgevollmacht eher gefragt sei für Vorträge oder Informationsveranstaltungen. Das Thema Pflege weckt dagegen kaum Interesse. Er erklärt, jeder Bürger kann sich erst im Ernstfall konkret mit der Fragestellung beschäftigen, die ihn dann betrifft. Das Thema Pflege und Prävention sei zu komplex, man könne nicht im Vorfeld wissen, was einen im Alter genau erwartet.

Herr Ferstl betont die Leistungen des Seniorenbüros und den Präventivgedanken der Angebote im Bürgerhaus. Auch die wissenschaftliche Begleitung des Seniorenbüros (Ramboll Management) stellte dabei die „Lotsenfunktion“ des Seniorenbüros fest. Ingolstadt hat den Vorteil, dass wichtige Beratungsstellen auch örtlich bereits zentral in der Innenstadt angesiedelt sind. Darüber hinaus ist es vorgesehen, mit dem Bundesprogramm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ niederschwellige Erstberatung auch in den Stadtteilen anzubieten.

Frau Einödshofer stellt die Bedeutung von Printmedien dar. Es besteht jedoch die Notwendigkeit einer ständigen Aktualisierung. Wichtige Informationen müssten auch auf der Homepage der Stadt zu finden sein. Sie betont die verstärkte Bedeutung der digitalen „neuen“ Medien. Dabei sei es wichtig, entsprechende Verknüpfungen und Links zu erstellen und dafür zu sorgen, dass wichtige Informationen möglichst einfach gefunden werden können. Sie merkt an, dass das Eingeben von richtigen Suchbegriffen entscheidend sein kann für den Erfolg der Internet-Recherche zu einem bestimmten Thema. Dies kann für Menschen, die nicht beruflich in diesem Bereich arbeiten, eine große Schwierigkeit bedeuten.

Herr Ferstl regt dazu an, Delegierte der Kommission zu bitten, die Homepage auf ihre „Seniorentauglichkeit“ hin zu überprüfen. Er erkennt die Angehörigen zunehmend als Nutzer von digitalen Medien, die Printmedien geraten künftig eher in den Hintergrund. Er stellt fest, dass die Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Internet verbessert werden muss.

Laut Herrn Müller ist die Bedeutung der Mund-zu-Mund-Propaganda unverändert hoch. Er weist darauf hin, dass alle Möglichkeiten der Beratung vorgehalten werden sollen und es auch immer im Internet Verweise auf reale Beratungsstellen und Personen geben muss. Herr Müller erklärt, die Diakonie lässt die eigene Homepage momentan aktualisieren und professionell überarbeiten. Auch Frau Plötz betont, dass bei Homepages dringend auf die seniorenrechtliche Ausgestaltung

geachtet werden muss.

Die Alzheimer-Gesellschaft stellte schriftlich vorab fest, dass diese aktuell einen Flyer für die Fachstelle für pflegende Angehörige mit dem Fokus auf alle Angehörige, welche sich in einer Pflegesituation befinden, überarbeitet. Darüber hinaus ist eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit (vorstellen der Fachstelle /Netzwerkarbeit) vorgesehen.

Herr Müller macht darauf aufmerksam, dass bei der Verknüpfung der Angebote mit Links sich private Anbieter übergangen fühlen könnten, was zu Problemen in der praktischen Ausgestaltung führen kann. Frau Einödshofer gibt zu Bedenken, dass dieses Problem auch bei den Printmedien existiert. In den Verzeichnissen müssen hauptsächlich die wichtigsten Ansprechpartner genannt werden. Frau Scheibe wirft die Frage auf, ob auch Hausärzte über die Angebote informiert werden sollen, die es in Ingolstadt für Senioren gibt.

Herr Ferstl betont, dass ein verbesserter Internetauftritt dann auch entsprechend öffentlichkeitswirksam kommuniziert und bekannt gemacht werden muss.

Zusammenfassung der Ergebnisse:

- In Ingolstadt existiert bereits eine komplexe Beratungslandschaft für Senioren und für Angehörige. Die vielfältigen Angebote werden in Anspruch genommen und von den Zielgruppen genutzt.
- Präventive Angebote zum Thema Pflege wurden erfahrungsgemäß bisher kaum angenommen.
- Es konnte keine Feststellung getroffen werden, dass ein Pflegestützpunkt zusätzlich notwendig ist. Verschiedene Problempunkte und der Unterschied zwischen Ingolstadt zu den Landkreisen wurden dabei erörtert.
- Das Seniorenbüro des Bürgerhauses hat neben seiner präventiven Tätigkeit auch eine Lotsenfunktion.
- Ergebnisse zum Bedarf der Ingolstädter Bürger zum Thema Pflegeberatung werden durch die Erhebungen im Rahmen einer Befragung der TU Nürnberg erwartet.
- Der Bedarf liegt aus der Sicht der Anwesenden vor allem in der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und der Transparenz der bestehenden Angebote. Die Weiterentwicklung der Internetauftritte bzw. der Homepages, die entsprechende Verknüpfung mit Links und die möglichst einfache Handhabung mit sinnvollen Suchbegriffen werden dabei neben der Aktualität der Printmedien immer wichtiger und sollten stadintern so bald als möglich verwirklicht werden.